

Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Klara Geywitz	SPD	entschuldigt
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Renate Echtermeyer	FDP	entschuldigt
Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche	entschuldigt
Herr Torsten Messerschmidt	Kreiselterrat	entschuldigt
Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporbund	nicht entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Gleichstellungsbeauftragte	entschuldigt

Gäste

Herr Bodo Ströber	Regional AG 3
Herr Bernd Richter	Kommunaler Immobilien Service

Schriftführer/in:

Frau Spyra, Martina, Dezernat III

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.01.2011 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Essensversorgung
Vorlage: 10/SVV/0829
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 4.2 Soziale Infrastruktur der Potenzialflächen
Vorlage: 11/SVV/0030
Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD
mit Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW
- 4.3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 11/SVV/0025
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

- 4.4 Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014
Vorlage: 11/SVV/0037
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 4.5 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012
Vorlage: 11/SVV/0026
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4.6 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011
Vorlage: 11/SVV/0034
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
- 4.7 Sanierung von Kindertagesstätten
Vorlage: 11/SVV/0009
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
- 5 Anträge
- 5.1 Zuwendung STIBB e.V. - Kinderschutzarbeit 2011
Vorlage: 11/SVV/0102
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Haushaltsbegleitender Beschluss 2010 (H 4) - Überarbeitung der Kita-Finanzierungsrichtlinie
Vorlage: 11/SVV/0039
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.01.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Abstimmung zur Niederschrift vom 21.01.2011

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Dem Protokoll wird zugestimmt.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Dr. Müller gibt bekannt, dass der Antrag 10/SVV/0829 „Essensversorgung“ erneut durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt wird. Sie schlägt vor den Tagesordnungspunkt 6.1 (Sanierung von Kindertagesstätten) vorzuziehen und im Anschluss an Tagesordnungspunkt 4.6 (Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011) zu beraten.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Der so geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Dr. Müller informiert, dass der Finanzausschuss am 16.02.2011 den haushaltsbegleitenden Beschluss des Jugendhilfeausschusses beraten hat. Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat am 15.02. verabredet, dass ein Mitglied des Unterausschusses den Antrag des JHA im Finanzausschuss einbringt und erläutert. Herr Otto hat diese Aufgabe übernommen.

Da Herr Otto nicht anwesend ist, berichtet Frau Gerber, die auch als Gast am Finanzausschuss teilgenommen hat, dass der Antrag eingebracht und diskutiert wurde. Ein Votum zum Antrag wurde nicht abgegeben. Sie gibt kurz die Situation im Ausschuss wieder.

Herr Schweers ergänzt, dass er im Finanzausschuss über die finanziellen Auswirkungen des Antrages informiert hat. Der Finanzausschuss wird sich mit diesem Antrag im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt am 23.03.2011 befassen.

Herr Harder lädt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses im Namen des Stadtjugendringes Potsdam zum 20. Geburtstag des Stadtjugendring Potsdam e.V. am 11. März 2011 in die Arena des Waschhauses Potsdam ein. Die schriftliche Einladung wird nachgereicht.

Frau Dr. Müller bittet Herrn Harder, die Einladung an Frau Spyra zu senden, die dann die Verteilung an die JHA-Mitglieder übernimmt.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert, dass die Verständigung zu den Ergebnissen der Befragung zum Babybegrüßungsdienst auf die April-Sitzung des Unterausschusses vertagt

wurde. Die GOrBiks-Implementierung wurde besprochen. Aufgrund noch offener Fragen wird die Beratung dazu in der nächsten Sitzung fortgesetzt. Herr Liebe macht nochmals deutlich, dass sich der Fachausschuss seiner Ansicht nach durch StVV nicht ernst genommen fühlt.

Regional AG 3

Herr Ströber informiert, dass die Themen Kooperation Jugendhilfe- Schule, Kooperation in der Region und Mobbing an Schulen beraten wurden. Ein Genderfragebogen wurde abgestimmt und ist an Träger ausgegeben. Es wurde verabredet, dass der „Treffpunkt Freizeit“ und „freiLand“ in die Regional AG eingeladen werden sollen, um über ihre Arbeit zu berichten.

Regional AG 1

Herr Liebe informiert über die letzte Sitzung der Regional AG 1, auf der man sich intensiv mit dem Bornstedter Feld befasst hat. Dazu wurde umfangreiches Material von Frau Ukrow zur Verfügung gestellt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Essensversorgung

Vorlage: 10/SVV/0829

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird erneut auf Wunsch der antragstellenden Fraktion vertagt.

zu 4.2 Soziale Infrastruktur der Potenzialflächen

Vorlage: 11/SVV/0030

Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD
mit Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW

Frau Dr. Müller teilt mit, dass sie in der StVV den Antrag in den JHA überwiesen hat, da die Aussage der Begründung aus ihrer Sicht in den Beschlusstext übernommen werden sollte.

Sie schlägt folgende **Ergänzung im letzten Satz** vor: *„Der Bericht soll auch eine Bedarfsanalyse für eine Grundschule sowie für einzurichtende Kita-Plätze und eine Jugendeinrichtung enthalten.“*

Frau Köhler bringt den Antrag ein und begründet diesen. Sie spricht sich für die von Frau Dr. Müller vorgeschlagene Ergänzung des Antrages aus.

Frau Schulze regt an, die Bedarfsanalyse mit der Standortfrage zu verbinden. Sie verweist auf den bereits bestehenden Beschluss von 2007.

Herr Schweers informiert, dass es intensiven Kontakt zum zuständigen Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung gibt und an dem Thema bereits gearbeitet wird.

Er zitiert die Stellungnahme des Fachbereiches Stadtplanung und Bauordnung aus der hervorgeht, dass dem Antrag inhaltlich zugestimmt werden könne. Derzeit wird das Infrastrukturkonzept erarbeitet. In diesem Zusammenhang wird auch die Notwendigkeit einer neuen Grundschule im Gebiet Teltower und

Templiner Vorstadt geprüft.

Es wird vorgeschlagen, im vierten Quartal 2011 einen Zwischenbericht im Fachausschuss zu geben, da die Erstellung einer Mitteilungsvorlage für August 2011 zeitlich nicht zu schaffen ist.

Herr Liebe spricht sich für die von Frau Dr. Müller vorgeschlagene Ergänzung des Beschlusstextes aus.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass zu sozialer Infrastrukturplanung noch viel mehr gehört. Dies muss im Gesamtkontext gesehen werden.

Herr Dr. Wegewitz hält den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW für entbehrlich. Er weist auf die derzeitige Situation in diesem Bereich hin. Wichtig ist, dass Vorhalteflächen für die Errichtung einer Grundschule vorhanden sind.

Herr Liebe fragt, ob es in den verschiedenen Geschäftsbereichen der Verwaltung eine Definition zu sozialer Infrastruktur gibt.

Frau Müller-Preinesberger regt an, den Antrag in die Richtung zu qualifizieren, dass eine entsprechende Vorhaltefläche für eine Grundschule vorgesehen wird. Dies ist dann auch schneller zu bekommen.

Herr Dr. Wegewitz schlägt vor, zwei Termine zu verabreden. Im ersten Absatz sollte als Termin das IV. Quartal 2011 gesetzt werden. Den zweiten Termin würde er so beibehalten.

Frau Dr. Müller fasst die Ergebnisse der Diskussion zusammen.

Im ersten Absatz soll als Termin für einen Bericht in den Fachausschüssen das IV. Quartal 2011 gesetzt werden.

Es soll eine Vorhaltefläche für eine Grundschule sowie einzurichtende Kita- und Jugendeinrichtungen in dem Entwicklungsgebiet festgelegt werden.

Sie bittet um Abstimmung darüber:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0

Des Weiteren soll der Bericht auch eine Bedarfsanalyse für Kita- und Jugendeinrichtungen enthalten.

Sie bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 1

Sie bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu berichten, wie und in welchem Ausmaß die Stadt dafür Sorge trägt, dass der bedarfsgerechte Ausbau der sozialen Infrastruktur bei der Entwicklung der innerstädtischen Potenzialflächen in der Teltower und Templiner Vorstadt und der südlichen Innenstadt gemäß des Beschlusses 07/SVV/0801 berücksichtigt wird. **Daneben soll der Bericht auch eine Bedarfsanalyse für Kita- und Jugendeinrichtungen beinhalten.**

Termin für den Bericht in den Fachausschüssen ist das IV. Quartal 2011.

Der Stadtverordnetenversammlung ist ein Bericht zur möglichen Vorhaltefläche für eine Grundschule sowie einzurichtende Kita- und Jugendeinrichtungen im August 2011 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem so geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 4.3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011

Vorlage: 11/SVV/0025

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Müller dankt der Verwaltung für die sehr übersichtliche und verständliche Zusammenstellung der Haushaltsunterlagen für den Jugendhilfeausschuss.

Herr Schweers bringt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Haushalt des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie ein und gibt Erläuterungen. Er weist darauf hin, dass sich der Haushalt des Fachbereiches erheblich erweitert hat und stellt anhand von Folien die einzelnen Veränderungen in den Produkten dar.

Herr Liebe fragt, ob bei der Haushaltsplanung auch berücksichtigt wurde, dass Tagesmütter u.a. auch aus Altersgründen ausfallen.

Herr Schweers bejaht dies. Das Thema Tagespflege wird dem Jugendhilfeausschuss noch in diesem Jahr vorgestellt, da sich hier Veränderungen ergeben.

Frau Morgenroth fragt, ob die Schulsozialarbeit aus dem Teilhabepaket erfolgen könne.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass nach heutigem Stand an ca. 3000 Schulen deutschlandweit Schulsozialarbeiter eingesetzt werden sollen. Es ist noch nicht absehbar, wie Potsdam hierbei berücksichtigt wird.

Frau Morgenroth fragt, woran es liegt, dass die Kosten für junge Volljährige bei den Hilfen zur Erziehung geringer sind.

Herr Schweers erklärt, dass sich dies oft aus der Situation und der Bedarfslage ergibt.

Herr Otto weist darauf hin, dass sich der Geburtenknick jetzt bei den jungen Volljährigen auswirkt.

Herr Schweers weist darauf hin, dass es bei der Betreuung von Kindern in Einrichtungen in freier Trägerschaft einen enormen Mehrbedarf gibt. Grund dafür ist u.a. der Ausbau von Kindertagesstätten und die Gesetzesänderung des Vorjahres.

Herr Liebe weist darauf hin, dass hier noch nicht der Antrag für Eingewöhnungszeit für Kinder in Kindertagesstätten enthalten ist.

Herr Schweers verweist auf die Novellierung des KitaGesetzes. Er macht auch deutlich, dass es einen Mehrbedarf bei Einrichtungen der Jugendarbeit von ca. 78.300 Euro gibt. Darin sind der Zeitpunkt „Montelino“ und eine Personalkostenerhöhung von 2 % über alle Einrichtungen enthalten.

Herr Liebe fragt, ob möglicherweise für die Angleichung der Bezahlung der Sozialarbeiter an anderer Stelle gespart werden muss, wenn der Haushalt nicht erweitert wird.

Herr Schweers bejaht die mit dem Hinweis, dass dann freiwillige Leistungen zu kürzen sind.

Herr Otto macht deutlich, dass aus seiner Sicht die Eingewöhnung genauso wichtig ist, wie die gerechte Bezahlung der Sozialarbeiter.

Herr Harder erinnert an den Beschluss der StVV, dass 1 % des Gesamthaushaltes in die Jugendarbeit fließen soll.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass dieser Beschluss eingehalten wird.

Herr Harder schlägt vor, den Antrag im Blick zu behalten und sich nochmals damit auseinanderzusetzen.

Herr Otto weist darauf hin, dass mit Zustimmung des Haushaltes der Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom Dezember 2010 ausgehebelt wird.

Frau Dr. Müller bestätigt dies und schlägt vor, den Haushaltsbeschluss unter den Vorbehalt des Beschlusses des Antrages des Jugendhilfeausschusses zu stellen, da dieser im Jugendhilfeausschuss einstimmig gefasst wurde.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass der Punkt 1 des Antrages des Jugendhilfeausschusses bereits im Haushaltsplan 2011 enthalten ist.

Frau Dr. Müller bestätigt dies und nimmt dies auf.

Frau Müller-Preinesberger verweist in diesem Zusammenhang auf das strukturelle Defizit der Stadt. Der Haushalt muss hier im Gesamtkontext gesehen werden. Wenn dem Antrag des Jugendhilfeausschusses nicht zugestimmt wird, muss dieser aus dem Haushalt des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie umgesetzt werden. Deshalb regt sie an, den Punkt 1 des Antrages herauszulassen, da dieser im Haushalt 2011 enthalten ist. Die Eingewöhnung in Kita muss qualifiziert werden.

Herr Otto bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, den Unterausschuss zu beauftragen, am 23.03.2011 zur Haushaltsdebatte im Finanzausschuss den Haushalt des Jugendamtes und den Antrag des Jugendhilfeausschusses zu vertreten

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Haushalt des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie 2011 vorbehaltlich der Zustimmung zu den Punkten

2,3 und 4 der Drucksache 11/SVV/0027.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen, **vorbehaltlich zu den Zustimmung der Punkten 2, 3 und 4 der DS 11/SVV/0027**. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 2

Dem Haushalt 2011 des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie wird vorbehaltlich der Zustimmung zu den Punkten 2, 3 und 4 der DS 11/SVV/0027 zugestimmt.

zu 4.4 Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014

Vorlage: 11/SVV/0037

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Herr Otto fragt, ob die Elternbeiträge bei der Tiefenprüfung mit betrachtet werden.

Herr Schweers erklärt, dass die Einziehungspraxis der Träger geprüft wird. Hier werden nicht die Eltern geprüft.

Frau Schulze weist darauf hin, dass im HSK in einigen Produkten keine Beträge ausgewiesen sind, die eingespart werden sollen.

Herr Schweers erklärt, dass diese als Merkposten gesehen und schon umgesetzt werden.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2011.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem Haushaltssicherungskonzept für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird zugestimmt.

zu 4.5 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012

Vorlage: 11/SVV/0026

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Drucksache lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Sie bittet, darüber abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Der Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012 wird somit zur Kenntnis genommen.

zu 4.6 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011

Vorlage: 11/SVV/0034

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) bringt die Drucksache ein. Er gibt einen Rückblick über die Investitionstätigkeiten, die ab 2007 in Kindertagesstätten durchgeführt wurden und weist darauf hin, dass im Jahr 2011 an 16 Kita erhebliche Investitionsmaßnahmen erfolgen werden. Er bietet an, den Gesamtüberblick bei Bedarf als Anlage zur Niederschrift auszureichen.

Herr Richter weist auf die Mitteilungsvorlage zum haushaltbegleitenden Beschluss hin, die in der StVV am 02.03.2011 eingebracht wird und gibt eine Übersicht, an welchen Einrichtungen ab 2015 noch Investitions- bzw. Sanierungsbedarf besteht. Er geht davon aus, dass die Sanierungen im Kita-Bereich bis 2018 abgeschlossen sind.

Anschließend verweist er auf die geplanten Investitionen in den Jugendklubs. Hier muss noch mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie abgestimmt werden, welche Einrichtungen dies sein werden.

Des Weiteren erfolgt ein Hortneubau in Fahrland sowie Investitionen für den Hort der Gerhard-Hauptmann-Schule.

Herr Liebe fragt, ob es bei den Jugendklubs um brandschutzrechtliche Ertüchtigung geht.

Herr Schweers erklärt, dass es zum großen Teil um die Sanierung des Jugendklubs in der Ribbeckstraße geht. Die genauen Maßnahmen müssen noch mit dem Kommunalen Immobilien Service abgestimmt werden.

Herr Liebe weist darauf hin, dass in der Vergangenheit die realen Zahlen von den Planungen abgewichen sind. Er fragt, wie hoch hier die Abweichungen sind.

Herr Richter erklärt, dass im Invest-Bereich ein Stand erreicht wurde, dass alle Planwerte auch größtenteils Ist-Werte sind.

Herr Schweers ergänzt, dass im Kita-Bereich auch hohe Investitionen durch Träger getätigt werden, die sich im Ergebnishaushalt des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie wieder finden.

Frau Dr. Müller fragt, wann über die Investitionen in den Jugendeinrichtungen informiert werden kann.

Herr Richter erklärt, dass darüber in ca. 2 bis 3 Monaten ein Bericht gegeben werden kann.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die Anlage 5 (Investitionsplan).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2011.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2011 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2011 wird zugestimmt.

zu 4.7 Sanierung von Kindertagesstätten

Vorlage: 11/SVV/0009

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass eigentlich mit dem Antrag erreicht werden sollte, dass geprüft wird, ob die Kinder bei komplexen Innensanierungsmaßnahmen in ein Ausweichobjekt umziehen können.

Herr Richter (Kommunaler Immobilienservice) weist darauf hin, dass hier objektive Rahmenbedingungen beachtet werden müssen. Er erinnert daran, dass 2011 in 16 Kindertagesstätten Sanierungen durchgeführt werden sollen. Die LHP ist nicht in der Lage, weitere Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Er bedauert diese Situation, kann aber keine Lösung anbieten.

Frau Schulze fragt, ob die vorliegende Mitteilungsvorlage so akzeptiert oder zurückgewiesen werden soll. Sie verweist auf die gleichzeitige Sanierung einer Schule und einer Kita in Drewitz. Hier sollte genauer geprüft werden.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass in den Darstellungen der Mitteilungsvorlage eine Differenzierung fehlt. Es sollte möglich sein zu prüfen, ob eine Lösung gefunden werden muss. Sie fragt, ob in der Wahl der Reihenfolge der Sanierung darüber nachgedacht wird, ob Umzugskapazitäten gewonnen werden können.

Herr Richter weist darauf hin, dass 2011 in erster Linie noch Brandschutzmaßnahmen realisiert werden müssen. Er betont, dass der KIS daran interessiert ist, nach Möglichkeiten zu suchen, ob eine andere Unterbringung in der Zeit der Baumaßnahmen gefunden werden kann. Dazu wird es in naher Zukunft einen Abstimmungstermin mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie geben. Er weist darauf hin, dass eine derartige Koordination durch den KIS nicht zu leiten ist, da dies die Kapazitäten überschreiten würde.

Frau Schulze bittet um rechtzeitige Abstimmung im Vorfeld der Sanierung mit dem zuständigen Fachbereich.

Herr Schweers schlägt vor, im 2. Quartal 2011 eine aktualisierte Liste der bis 2018 zu sanierenden Einrichtungen vorzulegen. Anhand der Liste muss geprüft werden, ob es Möglichkeiten des Umzuges gibt. Er weist auch darauf hin, dass sich Einrichtungen mitunter selbst dafür entscheiden, während der Sanierung weiter in der Einrichtung zu verbleiben.

Frau Köhler spricht die Situation in Drewitz an.

Herr Schweers erklärt, dass der Träger Independent Living auf dem Gelände des ehemaligen Kinderklubs „Junior“ eine Einrichtung errichten wird. Diese wird dann eventuell auch als Ausweichstandort für die in Drewitz zu sanierende andere Kita des Trägers genutzt.

Herr Richter stellt klar, dass sich der KIS seit 2007 gemeinsam mit dem Jugendamt bemüht, die Sanierungsprojekte möglichst kinderfreundlich umzusetzen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Anträge

zu 5.1 Zuwendung STIBB e.V. - Kinderschutzarbeit 2011

Vorlage: 11/SVV/0102

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Schweers bringt die Beschlussvorlage ein und begründet diese. Er informiert, dass sich im Jahr 2011 einige Bedingungen ändern. Ab 2011 wird es erstmalig in Deutschland ein Bundeskinderschutzgesetz geben. Dieses liegt im Entwurf vor und wird jetzt diskutiert, da aus fachlicher Sicht noch einige Kritikpunkte vorhanden sind.

Die Jugendämter haben zukünftig den Kinderschutz stärker zu kontrollieren.

Ein zweiter Punkt ist, dass seit dem vergangenen Sommer andere Vergabevorgaben gelten, so dass jetzt nach VOL ausgeschrieben werden muss.

Herr Liebe spricht sich für den Beschluss der vorliegenden Drucksache aus. Die Facharbeitskreise sollten sich bereits jetzt schon mit dem Thema befassen, um sich den neuen Bedingungen zu stellen

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Dem STIBB e.V. wird unter Haushaltsvorbehalt für die Kinderschutzarbeit eine Zuwendung in Höhe von 25.000,00 EUR für das Kalenderjahr 2011 gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Haushaltsbegleitender Beschluss 2010 (H 4) - Überarbeitung der Kita-Finanzierungsrichtlinie

Vorlage: 11/SVV/0039

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Sonstiges

Herr Harder berichtet aus der Regional AG 2, die derzeit an einem Fragebogen zu Ansprüchen an Erzieherinnen arbeitet. Es sollen Flyer entwickelt werden, die Ansprechpartner in der Region aufzeigen, um Eltern die Kontaktaufnahme zu erleichtern.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 24. März 2010; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin